

rene“ Katholiken, auch aktiver in den Gemeindeorganisationen arbeiten und mehr zur Annahme der Veränderungen in der Kirche bereit sind. Nur die Hälfte aller Befragten hatte je etwas vom Zweiten *Vatikanischen Konzil* gehört. Gar nichts darüber wußten zwei Drittel der jüngsten Altersgruppe, ein Viertel der wöchentlichen Messebesucher sowie ein Zehntel der Gemeindeaktivisten. Offenbar scheinen britische Katholiken die Wandlungen in der Kirche eher pragmatisch als ideologisch hinzunehmen. Auf die Frage, welche Veränderungen sie sich in der Kirche wünschen, antworteten (außer den 20 Prozent, die überhaupt nichts zu sagen hatten, und den 17 Prozent, die „keine“ sagten) 16 Prozent „Empfängnisverhütung“, 9 Prozent „Scheidungserleichterung“, 8 Prozent „eine weniger strikte Einstellung zu Gegenwartsfragen“ und 7 Prozent „Rückkehr zu einem traditionellen Kirchenmodell“. Erst danach wurden mehr Ökumenismus, mehr Konsultation, mehr Laienrechte angeführt.

Die Frage einer separaten konfessionellen Erziehung wird von einem Drittel der Befragten positiv, von weniger als der Hälfte negativ behandelt. Die *katholische Schule*, die im britischen Katholizismus eine wichtige Rolle spielt, wird weitgehend akzeptiert, nur von weniger als 20 Prozent als im Niveau anderen Schulen unterlegen erachtet und wegen ihrer größeren Disziplin von einer Mehrheit befürwortet. Der religiöse Einfluß der katholischen Schule erweist sich jedoch als von kurzer Dauer, wenn die

spätere Familienumgebung nicht religiös durchdrungen ist.

Die englischen Katholiken gehen aus dieser Umfrage als eine ihren bischöflichen und priesterlichen Hirten anhängliche, duldsame und konservative Herde hervor. Die Kritik an ihren Priestern beschränkt sich weitgehend auf das Niveau der Predigten und (bei der Jugend) auf mangelndes Verständnis für deren Probleme. Die von dem Report gesetzten Fragezeichen betreffen den relativ starken Zug zur Mittelklasse sowie die Distanziertheit der Arbeiterschicht den Neuerungen des Zweiten Vatikanums (Liturgie, Gemeindeaktionen) gegenüber. Die bisherige Meinung, daß die katholische Kirche mehr als andere Kirchen sich die Treue der stark irischen Arbeiterschicht bewahren konnte (weil die irischen Einwanderer ihre Priester mitbrachten, während die in die Städte abwandernde katholische Landbevölkerung Kontinentaleuropas mehr religiös als kulturell entwurzelte Katholiken waren), bedarf der Revision.

Die Entfremdung der Arbeiterschicht wie auch die wachsende Tendenz zu außerhalb der Kirche eingegangenen oder kirchlich ungültigen Ehen könnte langfristig dazu führen, daß auch die Kinder aus solchen Ehen ihre Kinder nichtkatholisch erziehen werden. Pessimisten meinen daher, den britischen Katholiken dasselbe Schicksal vorausagen zu können wie den Methodisten, die schon weitgehend in ihrer Anzahl, Alters- und Klassenstruktur unnatürlich zusammengeschrumpft sind.

R. H.

und linker Orientierung zerrieben zu werden. In Guatemala hat die Besetzung der spanischen Botschaft durch eine Gruppe von Landarbeitern und die gewaltsame Räumung der Botschaft durch die guatemalteckische Polizei 40 Menschenleben gekostet. Der bis heute nicht ganz geklärte Vorfall vom 31. Januar ließ die Terrorwelle in Guatemala anschwellen. Seit 25 Jahren regiert die Willkür das Land. Es hat die rückschrittlichsten Agrargesetze Lateinamerikas und die brutalste Polizei; nach vorsichtigen Schätzungen fielen seit 1954 mehr als 20000 Menschen politischen Gewalttaten zum Opfer. Die Guerilla hat nach dem Sturz Somozas in Nicaragua verstärkt Rückhalt in der guatemalteckischen Bevölkerung gefunden; den meisten Zulauf hat die „Guerilla-Armee der Armen“. Seitdem hat die Regierung den Druck auf die Campesinos verstärkt. Wegen vermuteter „subversiver Tätigkeit“ kam es in den vergangenen Jahren zu regelrechten Massakern an guatemalteckischen Kleinbauern, an denen auch paramilitärische Extremistengruppen beteiligt waren. Der Bischof von Verapaz, *Gerardo Flores Reyes*, und die im Land tätigen Jesuiten stehen unter Morddrohungen der Ultrarechten. Die linksgerichtete Guerilla schreckt vor Erpressung, Entführung und Mord ebenfalls nicht zurück.

In *El Salvador* hat die vereinigte Linke den offenen Bürgerkrieg erklärt. Die seit dem Sturz General Romeros am 15. Oktober 1979 regierende schwache Junta hat fast jeden Rückhalt im Volk eingebüßt. Massiv gestützt wird sie von den Vereinigten Staaten; seit Wochen kursiert in San Salvador das Gerücht, die USA hätten sich zur Entsendung einer Schutztruppe bereit erklärt. Die Amerikaner verfolgen in *El Salvador* offenbar dieselbe Politik wie in Nicaragua während des Bürgerkriegs: Das Regime wird so lange gestützt, wie sein Sieg nicht aussichtslos erscheint. Die militärische und ideologische Radikalisierung der Guerilla und die Schwäche der christdemokratischen Regierung, deren Reformwillen bei den Unternehmerverbänden auf Ablehnung stößt, machen *El Salvador* anfällig für einen neuen Rechtsputsch der Militärs.

Mittelamerika: Angst vor der „Kubanisierung“

Der Sieg der sandinistischen Revolution und die Etablierung eines Revolutionsregimes in Nicaragua hat die Regierungen der zentralamerikanischen Nachbarstaaten aufgeschreckt und die Volksbewegungen in diesen Ländern ermutigt. Im Schatten der jüngsten weltpolitischen Konflikte im islamisch-arabischen Raum bildet sich vor

den Toren der westlichen Weltmacht eine neue „amerikanische Herausforderung“ heran, die nicht nur Lateinamerika angeht.

El Salvador und Guatemala stehen im Zeichen einer fortschreitenden Radikalisierung extremistischer politischer Kräfte. Beide Regierungen laufen Gefahr, zwischen den Gruppen rechter

Honduras, das nach Haiti ärmste Land Lateinamerikas, lebt unter einer gemäßigten Militärdiktatur. Die sozialen Spannungen sind hier geringer als in den Nachbarstaaten. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist weniger tief als in den meisten anderen Ländern des Kontinents. Die Regierung in Tegucigalpa sieht die Entwicklung in Nicaragua und El Salvador mit Mißtrauen. Sie fürchtet ein Überschwappen der „Subversion“ auf Honduras; innenpolitisch steht sie wegen ihrer gefügigen Haltung gegenüber den USA unter dem Druck jüngerer Offiziere und eines Teils der Wirtschaft. In Costa Rica, Panama und Puerto Rico nimmt die antiamerikanische Stimmung allmählich ebenfalls feindseligen Charakter an.

Das auslösende Moment für die wachsende politische Unruhe in Mittelamerika, das revolutionäre *Nicaragua*, befindet sich in der Phase der politischen und ideologischen Konsolidierung und Differenzierung. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Somoza-Regimes war den Sandinisten klargeworden, daß sie ein ruiniertes Land übernahmen. Daß Nicaragua wirtschaftliche Wiederaufbauhilfe benötigte, hatten die westlichen Industrienationen bald verstanden. Von einigen Ländern, darunter die Bundesrepublik, wurde sie bald zugesagt und geleistet, nicht ohne den, von den neuen Machthabern in Managua offen ausgesprochenen Hintergedanken, auf diese Weise Einfluß nehmen zu können auf den künftigen politischen Kurs Nicaraguas. Im Augenblick mehren sich nach Meinung westlicher Beobachter die Anzeichen dafür, daß Nicaragua sich in einigen Bereichen der Innenpolitik an einem sozialistischen Modell kubanischer Prägung zu orientieren gedenkt. Die an der Basis operierenden „*Sandinistischen Verteidigungskomitees*“, der massive Import an kubanischen Lehrern und Ärzten sprechen dafür.

Manches spricht jedoch auch dafür, daß westliche Korrespondenten und Politiker voreilig nach bestätigenden Fakten für eine „Kubanisierung“ Nicaraguas suchen, die sie oder andere nach dem Sturz Somozas prophezeit. Der mexikanische Präsident *José*

López Portillo, der den Hilferuf Nicaraguas mit einem umfangreichen Hilfsprogramm beantwortete, forderte westliche Politiker wiederholt auf, Geduld mit diesem Land zu haben, ihm einige Jahre Zeit zu lassen. Nicaragua braucht ständige moralische und materielle Hilfe, um die „unvermeidliche Ratlosigkeit am Anfang einer so radikalen Systemveränderung“ (Hirtenbrief der Bischöfe Nicaraguas) überwinden zu können.

Die westlichen Länder scheinen sich bisher so ziemlich auf die materielle Hilfe zu beschränken und eher ungeduldig darauf zu warten, daß das sandinistische Regime endlich Farbe bekannnt. Wie der portugiesische Sozialistenführer *Mario Soares* sehen auch viele andere Politiker Nicaragua als Testfall: „Die Kubanisierung Nicaraguas würde das Entstehen eines Demokratisierungsprozesses in ganz Lateinamerika blockieren.“ Was aber unternehmen die westlichen Länder, um diese Entwicklung zu verhindern? Was der mexikanische Präsident mit moralischer Hilfe meint, den politischen Dialog, solidarische Gesten, die das Selbstvertrauen der neuen Führung auf internationalem Parkett stärken, politisches Interesse an Nicaragua also, besteht nach Aussage westlicher Diplomaten in Managua so gut wie überhaupt nicht.

So ist es vielleicht nicht nur als ironische Replique zu verstehen, wenn der ‚starke Mann‘ in Managua, *Tomás Borge*, die immer wiederkehrende Frage westlicher Politiker nach dem „Modell Kuba“ mit der Gegenfrage beantwortet: warum nicht „Modell Amerika“, schließlich seien die USA auch aus einem Freiheitskrieg hervorgegangen. Es entspricht sowohl dem starken Nationalgefühl der Nicaraguaner als auch der akuten Notlage des Landes, wenn die neue Regierung derzeit alle Kräfte auf den Aufbau ihres Landes konzentriert und die großen geopolitischen Zusammenhänge für sie zweitrangig sind. Für Europäer wie Nordamerikaner ist es offenbar schwer, den Nationalismus der Völker der sogenannten Bananenrepubliken ernst zu nehmen. Und daß Nicaragua gute diplomatische Beziehungen zu

Havanna und schlechte zu Washington unterhält, daß es sich zu den sogenannten blockfreien Ländern zählt, das allein erlaubt noch keinen Schluß auf eine ideologische Festlegung der nicaraguanischen Politik.

Die Gefahr der Kubanisierung Nicaraguas und anderer Länder Zentralamerikas im Sinne der amerikanischen Domino-Theorie wird im Westen je nach politischem Heimatstandort offenbar über- oder unterschätzt.

Der amerikanische Staatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, *William Bowlder*, lehnte es zwar ab, von einer Krise in Mittelamerika zu sprechen, reiste jedoch von Hauptstadt zu Hauptstadt, um eine gemeinsame Bekämpfung der salvadorianischen Guerilla zu propagieren. In Managua drohte er, die amerikanischen Kredite einzufrieren, obwohl die Sandinisten die Bitte der Guerilla um Unterstützung bisher abschlägig beschieden haben. Die amerikanische Politik wird in Mittelamerika skeptisch, wenn nicht ablehnend beurteilt. Die Abwendung Präsident Carters von einer an den Menschenrechten orientierten Politik bringt die Amerikaner in die mißliche Lage, daß sie gleichzeitig ein dem Sozialismus zustrebendes Nicaragua und eine Militärdiktatur wie die in Guatemala stützen. Es ist mehr als fraglich, ob diese ambivalente Politik geeignet ist, die gefürchtete Kubanisierung auf amerikanischem Boden zu verhindern.

In Europa scheint gegenwärtig vor allem unter konservativen Politikern die Skepsis derart zu überwiegen, daß ähnlich wie Anfang der siebziger Jahre in der Frage der Unabhängigkeit Portugiesisch-Afrikas in angstvoller Erwartung der politischen Radikalisierung der Dritten Welt vorsichtige Zurückhaltung propagiert und praktiziert wird. Die Äußerung von Entwicklungsminister *Rainer Offergeld* bei einem Besuch in Nicaragua, er sehe in der sandinistischen Revolution die Chance, für den ganzen mittelamerikanischen Raum ein positives Modell zu entwickeln, dürfte kaum die breite Zustimmung westlicher Politiker finden.

G. B.